

13. Oktober 2021

Die Presseschau aus deutschen Zeitungen

Soll der Konsum von Cannabis legalisiert werden? Eine Frage, die Politik, Polizeigewerkschaften und Kommentatoren gleichermaßen beschäftigt. Aber zunächst – ein Meinungsbild über die Ampel-Sondierungen, die bereits die dritte Runde verzeichnen können.



Die Logos von SPD, Grüne und FDP (dpa-Zentralbild/Sascha Steinach)

Die **FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG** prognostiziert: „Gut zwei Wochen nach der Bundestagswahl scheint die Bildung einer Regierung aus SPD, Grünen und Freien Demokraten nur eine Frage der Zeit zu sein. Denn die Harmonie, die die Unterhändler der drei Parteien seit dem Wahlabend mit Bildern und Worten zu verströmen versuchen, ist keineswegs gekünstelt, vor allem nicht die zwischen Grünen und FDP. Auf vielen Feldern könnte es auch zwischen Sozialdemokraten und jeweils einem der beiden kleineren Parteien zu Konflikten kommen, wenn auch nicht gleich mit beiden. Ob FDP und Grüne sich dann spalten lassen, wird eine der spannendsten Fragen sein“, stellt die **FAZ** zur Debatte.

Die **FRANKENPOST** aus Hof kommentiert: „Weil es schon jetzt um die großen Kompromisslinien geht und in Koalitionsverhandlungen ‚nur‘ der große Rest geklärt würde, ist der Freitag mehr als ein Etappenziel. Mit der sich mehr und mehr zerlegenden Union ist der Druck zusätzlich gestiegen, das Ampelbündnis dann endgültig auf den Weg zu bringen.“

Die **LUDWIGSBURGER KREISZEITUNG** stellt diese Überlegungen an: „Am Freitag könnte für SPD, Grüne und FDP und damit auch für die politische Zukunft des Landes bereits die ‚Stunde der Wahrheit‘ schlagen. Die Parteien wollen die Ergebnisse ihrer Gespräche nun zu Papier bringen – um auf dieser Grundlage über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zu entscheiden. Kommt es so, haben SPD, Grüne und FDP keine unnötige Zeit verstreichen lassen. Dass die Liberalen wie 2017 noch einmal ausscheren, ist schwer vorstellbar. Und SPD und Grüne sind ohnehin Wunschpartner. Auch sie dürften ein sozialliberales Bündnis mit grünem Anstrich nicht mehr verhindern. Die FDP hätte erstmals seit 1982 wieder das Lager

gewechselt. Die angeschlagene Union mit ungewisser Zukunft erscheint ihr zu Recht als nicht regierungsfähig.“ Das war der Kommentar der LUDWIGSBURGER KREISZEITUNG.

Die MÄRKISCHE ODERZEITUNG aus Frankfurt/Oder würde reguläre Koalitionsverhandlungen in der kommenden Woche begrüßen: „Denn Deutschland steht angesichts der zahlreichen Aufgaben, die die Große Koalition in ihrer Dauer-Pattsituation zu bewältigen nicht in der Lage war, vor historisch großen Herausforderungen. Die Themen Modernisierung, Demografie und Klimawandel müssen schnell angegangen werden. Dabei wäre es wünschenswert, wenn die drei Parteien auch in einer Ampelkoalition ähnlich zügig und konstruktiv zusammenarbeiten würden, wie sie es momentan an den Tag legen. Sich neutralisierende Gegner in der Regierung kann sich das Land wirklich nicht mehr leisten“, konstatiert die MÄRKISCHE ODERZEITUNG.

Die LEIPZIGER VOLKSZEITUNG beobachtet: „SPD, Grüne und Liberale sind in den Mühen der Ebene angekommen. Auch wenn es zum politischen Geschäft gehört, im Wahlkampf durch harte gegenseitige Attacken maximale Distanz zu schaffen und nach dem Wahlsonntag im Streben nach einer Koalition vertraulich Gemeinsamkeiten zu suchen – so bleibt doch vor allem zwischen SPD und Grünen einerseits und den Liberalen andererseits eine große Kluft. Der gute Wille ist da, wie daran abzulesen ist, dass sich die Sondierer gegenseitig wie die rohen Eier behandeln. Bloß nichts zerschlagen. Auch der Umstand, dass sie dicht halten, spricht dafür, wie ernst es alle Seiten meinen mit dem Aufbau von Vertrauen und menschlich anständigem Umgang. Das ist viel Wert“, so die Stellungnahme der LEIPZIGER VOLKSZEITUNG.

Der TAGESSPIEGEL aus Berlin warnt davor, die „Ampel“ bereits als gesetzt zu betrachten. Es sei klar, wo es in den Gesprächen am schwierigsten werde: „Steuern, Schulden, Haushalt. Nicht nur beim Schreiben eines Koalitionsvertrags, auch in der gesamten Wahlperiode dürften diese drei Felder SPD, Grüne und FDP vor Probleme stellen. Die Ampel-Parteien laufen somit Gefahr, gleich mit einem Verfassungsbruch zu starten. Denn das wäre es wohl, wenn beschlossen würde, die Notlagenklausel der Schuldenbremse zu nutzen, um 2022 nochmals eine dreistellige Milliardensumme an neuen Krediten aufzunehmen, um Investitionen auch in späteren Jahren zu finanzieren“, warnt der TAGESSPIEGEL.

Das HANDELSBLATT ordnet die Gemengelage ähnlich ein: „Anders als ihre Vorgängerregierungen finden SPD, Grüne und FDP leere Kassen und Rekordschulden vor. Gleichzeitig sind die Wunschlisten der Parteien lang. Wer mehr Schulden machen will, muss die Schuldenbremse reformieren. Dafür sind weniger Kleinkrämerei und mehr Ambition gefragt. Olaf Scholz redet doch immer davon, die Politik müsse in Missionen denken. Als Kanzler könnte er sich auf Mission Schuldenbremse begeben“, fordert das HANDELSBLATT.

Die BADISCHE ZEITUNG aus Freiburg befasst sich mit den steigenden Preisen für Strom und Gas: „Energie ist das Lebenselixier unserer Gesellschaft. Sie treibt die Wirtschaft an, ermöglicht Konsum, kühlt die Vorräte oder heizt die Wohnung. Es ist nur folgerichtig, wenn die Versorgung mit Energie auch eine gemeinschaftliche Aufgabe ist. Ein Zugang für alle wird aber problematisch, wenn sich Teile der Bevölkerung Energie, im aktuellen Fall Gas, nicht mehr leisten können. Dann ist der Ruf nach einem sozialen Ausgleich ebenso folgerichtig wie berechtigt.“

drastisch erhöhen, weil sie sich an der Gas-Börse verzockt haben. Kunden bleibt da nur, sich nach einer Alternative umzusehen, die es in den meisten Fällen glücklicherweise gibt. Nun aber die Preise nach französischem Vorbild insgesamt zu deckeln, wäre übertrieben – und bei dem heterogenen Gas-Markt in Deutschland wohl auch gar nicht möglich.“

Zu einem anderen Thema – die Debatte über eine mögliche Legalisierung von Cannabis. Die **ALLGEMEINE ZEITUNG** rechnet vor: „Laut Gesundheitsministerium sind etwa drei Prozent der Menschen zwischen 18 und 64 Jahren in Deutschland alkoholabhängig, bei Cannabis sind es 0,5 Prozent. Daraus folgt nicht zwangsläufig, dass Cannabis legalisiert werden muss. Es berechtigt aber auch nicht zu einer Kriminalisierung von Cannabiskonsumenten, wie wir sie seit Jahrzehnten erleben. Eine Diskussion über alle Drogen, deren Auswirkungen und die juristischen Konsequenzen für den Konsum muss ehrlicher als bisher und vor allem wissenschaftlich fundiert geführt werden. Wenn dies einer Koalition mit FDP und Grünen, die beide eine Legalisierung befürworten, gelingt, wäre schon viel gewonnen“, so lautet das Fazit der ALLGEMEINEN ZEITUNG, die in Mainz erscheint.

Die **TAZ** kritisiert: „Und schon kommen die Vorsitzenden der beiden deutschen Polizeigewerkschaften daher und verbreiten die uralte Angstmache aus der prohibitorischen Mottenkiste. Einstiegsdroge! Verkehrstote! Gefahr für Jugendliche! Was sie verbreiten, ist eine doppelte Nebelkerze: Einerseits behaupten sie zu Unrecht, wer für legale Regulierung des Drogenmarktes sei, verharmlose Gefahren und Probleme. Und sie behaupten – wie schon bislang die CDU und erst recht die von der CSU gestellten Bundesdrogenbeauftragten, Verbote würden helfen, diese Probleme zu lösen. Für beides gibt es keinen einzigen Beleg. Die Wende muss jetzt kommen. Es sind die letzten Zuckungen eines absterbenden Verbotssystems“, soweit die **TAZ** aus Berlin.

Die **VOLKSSTIMME** aus Magdeburg kommt zu einem anderen Schluss: „Cannabis ist heute vielfach keine harmlose Droge mehr. Für viele liberale Politiker mögen noch eigene Party-Erfahrungen aus der Vergangenheit das Urteil über die Droge bestimmen. Seitdem haben sich aber die psychoaktiven Substanzen im Gras mehr als verdoppelt. Insbesondere für Jugendliche sind sie gefährlich. Besonders gefährlich ist aber Cannabis, das mit synthetischen Cannabinoiden gestreckt wurde. Die Beigabe aus der Drogenküche kann alles Mögliche in unberechenbaren Dosen enthalten. Eine einfache Lösung für Konsumenten und Strafverfolger kann es also nicht geben. Wer von Legalisierung spricht, muss auch ein Konzept für Qualitätsprüfung und kontrollierten Verkauf haben.“

Deutschlandradio © 2009-2021

Deutschlandradio [Datenschutz](#) [Hilfe](#) [Impressum](#) [Kontakt](#) [Presse](#)

Partner [ARD](#) [ZDF](#) [Phoenix](#) [arte](#) [Chronik der Mauer](#)